

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1871

297 (7.12.1871)

Beilage zu Nr. 297 der Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 7. Dezember 1871.

Frankreich.

Paris, 3. Dez. Der Präsident der Republik hat ein Dekret, die Organisation der reformirten Kirche in Frankreich betr., erlassen, welches folgende Bestimmungen enthält:

Art. 1. Die 103 Konfessionen [Synoden] der reformirten Kirchen Frankreichs und Algeriens werden auf 21 Synodalbezirke (circonscriptions synodales) vertheilt, entsprechend der dem gegenwärtigen Dekret beigefügten Tabelle.

Art. 2. Jedes Konfessionarium wählt einen Geistlichen und einen Laien, welche dasselbe in der Synode des betr. Bezirks vertreten.

Art. 3. Diese Vertreter versammeln sich vom 1. bis zum 15. März in einem der konfessionalen Hauptorte ihres Synodalbezirks, um die Delegirten für die Generalsynode zu wählen, welche später nach Paris einberufen wird.

Art. 4. Die Zahl der zu wählenden Delegirten wird nach der Zahl der Geistlichen des Synodalbezirks bestimmt, so zwar, daß 1 Delegirter auf 6 Geistliche und in folgender Progression kommt: 2 Delegirte auf jede Zahl zwischen 6 und 12 einschl., 3 auf jede von 13 bis 18, entsprechend der beigefügten Tabelle. Die Hälfte dieser Delegirten, wenn ihre Zahl grad ist, und die Hälfte plus 1, wenn sie ungrad ist, sind Laien.

Art. 5. Der Minister des öffentl. Unterrichts und der Kulte ist mit der Ausführung dieses Dekrets beauftragt.

Gegeben in Versailles, 23. Nov. 1871. — A. Thiers.
Beigefügt ist die oben erwähnte Tabelle.

Paris, 4. Dez. Graf Beust hat in Folge einer Einladung zum Diner, welche er von Hrn. Thiers erhielt, seinen Aufenthalt in Paris um zwei Tage verlängert. Dieses Diner fand am Samstag in der Präsektur von Versailles statt; zu demselben waren die Spitzen des diplomatischen Korps zugezogen worden, also die Hrn. Chigi, Nigra, Dlozaga, Graf Arnim, Dlanieff, Graf Hoyos u. i. w., dagegen bemerkte man die Abwesenheit des Ministers des Aeußern, Hrn. v. Rémusat. Nach dem Diner entspann sich eine längere Unterredung zwischen den Hrn. Thiers, Beust, Pouyer-Quertier und Casimir Périer. Graf Beust sollte sich heute in Vozlogne einschiffen.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 2. Dez. 6. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitz des Präsidenten Kirner. (Adressenbehalte. Fortsetzung und Schluß.)

Minist.-Präs. v. Freyborgh: Habe man auch bis vor Jahresfrist verbittert sein und in Aufwallung gerathen können gegen diejenigen, welche uns, ohne selbst etwas Besseres und Thunliches vorzuschlagen, auf dem vorgezeichneten einzigen Wege zur Einigung der deutschen Stämme und zur Gründung eines Deutschen Reiches oder Bundes stets bekriechten und so viel in ihrer Macht stand, Hindernisse in den Weg legten, ja, wie man geglaubt, Gefahren bereiteten und dem Feinde Blößen zeigten, so seien doch jetzt jene Empfindungen überwunden. Einmal hätten im entscheidenden Augenblicke die Gegner selbst den Kampf eingestellt und mit uns ihre Waffen gegen den Feind gewendet, und so dann habe die gute Sache gesiegt, sei das Ziel über Erwarten schnell und vollständig erreicht worden und sei das neue Reich so gut und fest gegründet, daß auch die Fortsetzung der alten Segnerhaft zunächst keine Gefahr bereiten würde. In solcher Lage und Stimmung lasse man gerne die Waffen ruhen und biete die Hand zur Versöhnung und gemeinschaftlicher Arbeit.

So handelten bis zu einem gewissen Punkte und Grade auch die gegnerischen Parteien; doch hätten sie sich nicht versagen können, bei der heutigen Debatte ihre abweichenden Meinungen nicht nur, wie sonst in Reden, sondern auch in besonderen Adressentwürfen zu wahren, die zu einigen Bemerkungen Anlaß geben. Er wende sich zuerst zu dem umfangreicheren Adressentwurf, der von den Herren Eller und Eichelsböcker unterzeichneten Adresse.

Erfreulich sei zunächst die Fürsorge für die Erhaltung der ruhmvollen Existenz des badischen Heeres. Weber das Heer noch sein Ruhm werde in der preussischen Armee untergehen; es werde im Stande sein, als XIV. Armeekorps, als welches es focht, seine Traditionen zu bewahren, so gut als andere Theile des preussischen Heeres, als das Gardekorps, das brandenburgische, pommerische, sächsische, rheinische Armeekorps.

Was die Bemerkungen über die gegenwärtige und künftige Gesetzgebung des Deutschen Reiches betreffe, so werde man noch lange und in vielen Adressen Gelegenheit haben, sich für oder gegen Beibehaltung des Landrechts auszusprechen; heute fehle ein passender Anlaß hierzu.

Auf Presse und Vereinswesen beziehe sich die Stelle der Thronrede nicht, welche von „selbständiger Entwicklung der theuren Heimath in ihrem inneren Staatsleben“ handle. Man könne nicht, wenigstens in einer Thronrede nicht, in einem Athem von Treue gegen das Reich und dessen Verfassung und von Abwehr der Reichsgesetzgebung über Presse und Vereine sprechen, welcher gerade diese Materien durch die Verfassung zugewiesen seien. Ebenso verhalte es sich mit der Frage der Erhaltung der Schwurgerichte, welche mit der Gesetzgebung über das gerichtliche Verfahren dem Reich zugewiesen sei. Redner sei ein entschiedener Anhänger der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Straf-Verfahrens und der Zuziehung des bürgerlichen Elements zu Aburtheilung der Strafsachen, und zwar in einer die mitwirkenden Rechtsgelehrten überwiegenden Zahl.

Er habe in der Praxis und gelegentlich der Theilnahme an Gesetzgebungsarbeiten diese seine Festimmung bewiesen.

Man habe durch Einführung der Schwurgerichte und dann der Schöffengerichte Bahn gebrochen und große Fortschritte gemacht. Aber würde sich nicht das Reich der Gesetzgebung auf dem Gebiete des gerichtlichen Verfahrens bemächtigt haben, so wäre wohl kein Erstes, mehr Harmonie und Folgerichtigkeit in die Besetzung der Gerichte behufs Aburtheilung der Strafsachen zu bringen. Es wolle ihm nicht einleuchten, daß die Aburtheilung der schwersten Verbrechen nur gesunden Menschenverstand, die Aburtheilung der Vergehen ausschließlich juristisch gebildeten Verstand, die Aburtheilung der leichtesten Uebertretungen aber eine Kombination von gesundem Menschenverstand und juristisch gebildetem Verstand erfordern solle. Man wisse der letzteren Kombination mehr Raum geben, jedoch überall das bürgerliche Element in derselben Weise, wie bei den Schöffengerichten, numerisch überwiegen lassen.

Er wisse nicht, wie an einer Stelle der demokratischen Adresse und in der Rede des Verfassers derselben oder eine Partei dieses Landtages dazu komme, dem Reichstag Mahnungen und gute Lehren zu geben. Der Reichstag sei ja nach demokratischen Prinzipien ein viel korrekteres, die Volksmeinung besser repräsentirendes Institut als dieser Landtag. Der Reichstag sei nicht nur, wie dieser Landtag, aus allgemeinen, sondern auch aus direkten Wahlen hervorgegangen, ganz nach dem Programm der Demokratie. Wenn die demokratische Adresse im Uebrigen die glänzenden Erfolge des Krieges anerkenne und hinhimme, so habe auch die deutsche Demokratie einiges Verdienst an diesen Erfolgen; sie habe sich bis 1870 in der Minderheit gehalten, wenigstens in den maßgebenden Staaten, und so sei es den Kriegsmilitärs und dem in der Adresse anerkannten Genie unserer Feldherren möglich gewesen, bei Beginn des Krieges ein Militärbudget, gute Waffen und geübte Soldaten von nicht zu kurzer Präsenzzeit zu finden, und seien dieselben nicht genüßigt gewesen, die Wacht am Rhein mit einer Bürgerwehr und mit den Pionieren zu halten, von denen der Abgeordnete von Mannheim gesprochen und welche in dem von ihm angezogenen Jahre 1849 nicht alle am Rhein Stand gehalten hätten.

Redner sei erstaunt gewesen, erst auf der vierten Seite der demokratischen Adresse und erst am Schlusse der Rede des Abg. Eller auf die Grundrechte zu stoßen. Diese nach der Skizze von 1791 ausgefüllten Programme kämen mit jeder Revolution wieder zum Vorschein, um dann an dem Uebermaß ihrer Ausnützung wieder unterzugehen und auf 10 bis 30 Jahre von der Oberfläche zu verschwinden. Das Deutsche Reich habe in der kurzen Zeit seines Bestehens, freilich mit Einrechnung der vierjährigen Vorarbeit des Norddeutschen Bundes, mehr Grundrechte gegeben und gewährt als alle demokratischen Programme seit 80 Jahren.

Auf vielen Gebieten gelte und werde gelten ein Recht für ganz Deutschland, und zwar durch Gesetze, welche unter freier Mitwirkung der Volksvertretung zu Stande gekommen; die Reichs- und Staatsangehörigkeit sei geregelt, Freizügigkeit und freier Gewerbebetrieb durch ganz Deutschland gewährleistet, der Patzwang aufgehoben, die Konfessionen gleichgestellt, störende Beschränkungen der Eheschließung beseitigt.

Es seien alle Abgaben von Schifffahrt und Flößerei aufgehoben; das Post-, Telegraphen- und theilweise auch das Eisenbahnwesen seien unter eine Leitung gestellt, die Rechtsverhältnisse der Gewerkschaften geordnet, das geistige Eigenthum gesichert, für Fortbildung eines einheitlichen Handelsrechts gesorgt, ein oberster Gerichtshof, einwillen für Handelsachen für das ganze Reich eingesetzt. Ein Maß und Gewicht, nächstens auch eine Münze gelte für ganz Deutschland.

Diese Einrichtungen, Rechte und Freiheiten ständen nicht in der Luft, wie die demokratischen Programme der letzten 80 Jahre, könnten nicht von dem nächsten Ost- oder Westwinde wegweht werden. Sie ständen unter der Garantie des Kaisers und Reichs und seiner Verfassung; sie seien gegen außen geschützt durch ein stegewöhntes geachtetes Heer, von dem unsere Truppen einen Theil bilden; eine Flotte, mächtiger, als sie Deutschland je besessen, schütze den deutschen Handel, und der Deutsche, der Badener, finde in allen Ländern und Welttheilen den Rath und die Hilfe deutscher Gesandten und Konsule, welche heute eines der geachteten, mächtigsten Reiche vertreten.

Das Alles oder einen Theil von Dem scheine auch der Adressentwurf der kirikalischen Partei anzuerkennen, welche in ihrer Art kurz und gut sei.

Redner habe sich nur gegen eine Wendung des kirikalischen Entwurfs zu wahren, die da sagt:

„Allem aber voran gilt uns die Freiheit des Gewissens, des Geistes, des Rechtes. Möge sie stets in unserem Lande geachtet, nie durch die Gewalt des Gesetzes gebrochen werden.“

Das Gesetz sei keine Gewalt, sondern der Ausdruck des geäußerten Rechtsbewußtseins des Volkes und Staates. Das Gesetz sei die Norm und Regel, und was gegen das Gesetz geschähe, was z. B. vor einigen Tagen der bayrische Minister von Lutz, die Abg. Fischer und Böll im Reichstag zu Berlin von dem Verhalten der kirikalischen erzählten, was man auch hierlands erlebt, freilich wie Redner gerne befüge, seit Jahresfrist in geringerem Maße, das sei Gewalt und Einbruch.

Redner wendet sich schließlich gegen einige Ausführungen des Abg. Schulz, damit diese nicht unwidersprochen in die Oeffentlichkeit gelangen. Es sei im Jahr 1866 keinerlei Zwang gegen die Großh. Regierung geübt worden und zu üben nöthig gewesen, um sie zum Abschluß des Schutz- und Trugbündnisses zu vermögen; die Umstände, unter denen dasselbe geschlossen worden, ließen sich zum Theil aus seitherigen Enthüllungen entnehmen. Die Großh. Regierung wäre schon damals zu einem weiter gehenden Anschluß an Preußen geneigt gewesen; das Schutz- und Trugbündnis sei das Minus, welches in damaligen Verhältnissen geboten und erlangt werden konnte.

Noch weniger habe sich die Großh. Regierung in den Verhandlungen von 1870 zu Versailles in einer Zwangslage befunden. Sie habe dort genau Dasjenige gethan, was bei der ersten besten Gelegenheit thun zu wollen sie vier Jahre hindurch stets offen erklärt habe.

Abg. Gerwig: Wenn der Abg. Hansjakob gesagt habe, das katholische Volk sei in Baden geknechtet, so sei dies zweifellos unrichtig. Es gebe in Baden eine Menge von Konfessionen, die ungehindert nebeneinander bestünden, denn Baden sei ein moderner Kulturstaat. Die Partei, aus deren Mitte er die obige Behauptung vernommen habe, sei nicht die Repräsentantin des katholischen Volkes, das durch eine Menge von Abgeordneten in diesem Hause vertreten werde, sondern die Vertreterin der Interessen der kirchlichen Hierarchie, sie sei nicht eine katholische, sondern eine ultramontane. Wie man in diesem Hause, wo es sich nur um Vertretung der bürgerlichen Interessen handle, ein katholisches Gewissen haben könne, wie einer der Vorredner gesagt habe, sei ihm unklar; insbesondere wenn man, wie der betr. Vorredner, Protestant sei.

Redner ist der Ansicht, daß bei der heutigen Debatte schon viel zu viel über die Militärfrage gesprochen worden sei. Dieselbe sei der Kompetenz dieses Hauses entrückt und man habe allen Grund, sich hierüber zu freuen. Man gelange jetzt allenthalben zur Erkenntniß, daß die Leitung des Militärwesens zentralisirt werden müsse; sogar die Schweiz habe ihr Militär jetzt in diesem Sinne reorganisiert.

Abg. v. Feder: Der Entwurf der Kommission scheine ihm an einer gewissen Ueberschwänglichkeit zu leiden. Die Adresse sei nicht dazu bestimmt, in allgemeinen Formen an den Thron zu reden; man müsse vielmehr mit voller Aufmerksamkeit alle Wünsche vortragen, die das Volk an seine Abgeordneten gerichtet habe.

Die Aufgabe dieses Hauses sei jetzt hauptsächlich die innere Politik. Er und seine politischen Freunde hätten stets davor gewarnt, sich der neuen staatsrechtlichen Gestaltung Deutschlands zu enthusiastisch hinzugeben, ohne auch das Wohl unseres Landes zu bewahren. Es scheine ihm, als ob man in dieser Beziehung zu weit gegangen sei; so sei das gesammte Personal der Post seit Monaten in einer völligen Ungewißheit über ihre Rechtsverhältnisse und ihr Schicksal, und ähnlich verhalte es sich mit dem Militär. Er wolle deshalb lieber der Thronrede, als der Adresse zustimmen, weil jene die Selbstständigkeit des inneren Staatslebens stärker betone.

Staatsminister Dr. Jolly: Insofern der Vorredner auf den Abschluß der Militärkonvention zurückkomme, könne darauf aus den schon früher entwickelten Gründen jetzt nicht eingegangen werden. Soweit es sich bagegen um den Vollzug der Konvention sowie des Uebergangs der Postverwaltung an das Reich handle, erkenne selbstverständlich die Regierung ihre Pflicht an, mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln die Interessen des Landes und aller Landesangehörigen zu wahren. Der Hr. Vorredner habe aber in dieser Beziehung keine thatsächlich begründeten Beschwerden vorgebracht. Daß einzelne badische Offiziere in preussische und umgekehrt preussische Offiziere in hiesige Regimenter versetzt wurden, könne Niemanden überraschen; ohne dieses Verfahren sei ja eine innere Einheit des Heeres unmöglich herzustellen.

Die Uebergabe der Postverwaltung an das Reich beruhe auf der Reichsverfassung, und geschehe nicht bloß aus dem politischen Motiv, diese nicht ohne dringende Noth durch Ausnahmestimmungen zu alteriren, sondern eben so sehr in unserm wohlwollenden finanziellen Interesse. Dieser Uebergang wirke für die betreffenden Beamten ähnlich wie eine Aenderung in der Organisation ihres Dienstzweiges. Wenn ein Einzelner darunter zu leiden habe, so sei dies immer zu beklagen, aber nicht ganz zu verhüten. In ähnlicher Lage befänden sich auch in Folge der nach den Wünschen dieses hohen Hauses geschehenen Einziehung der Gesandtschaften die bisher im auswärtigen Dienst verwendeten Beamten. Uebrigens sei sich die Regierung ihrer Pflicht bewußt, die Interessen aller Landesangehörigen mit jedem möglichen Nachdruck zu vertreten, und werde nichts versäumen, um auch die in den Reichsdienst übertretenden Postbeamten nach Thunlichkeit gegen etwaige Unannehmlichkeiten — Rechtsnachtheile würden sie ohnehin nicht erleiden — zu schützen.

Ministerialpräsident v. Dusch wendet sich zunächst gegen die Ausführungen des Abg. v. Feder. Der Uebergang der Post an das Reich sei eine notwendige Folge und ein integrierender Bestandteil der Reichsverfassung. Es hätte eines besonderen Vorbehalts und einer besonderen Ausnahmestellung bedurft, um diese Folge von sich fern zu halten.

Die badischen Postbeamten könnten unmöglich im Ungewissen darüber sein, was ihnen bevorstehe. Den höheren Beamten sei schon im Juli d. J. mitgetheilt worden, welche Stellung

sie künftig einnehmen würden. Bezüglich der auch künftig von der Landesregierung anzustellenden Beamten sei z. B. ein Einverständnis mit der Reichsregierung noch nicht erzielt worden. Es stehe dies aber in den nächsten Tagen bevor und werde dann unverzüglich zur Kenntnis der Einzelnen gebracht werden. Aber auch diese Beamten hätten seit mehreren Monaten Mittheilungen erhalten, die sie über ihre Zukunft vollkommen beruhigen könnten.

Präsident Kirsner theilt dem Hause mit, daß von verschiedenen Seiten der Wunsch ausgesprochen worden sei, die Generaldebatte zu schließen; er mache deshalb den Vorschlag, von jeder Seite des Hauses noch je einen Redner zu hören und dann zur Spezialberatung überzugehen. Das Haus ist, obgleich sich noch eine Reihe von Rednern zum Wort gemeldet hatte, mit diesem Vorschlage einverstanden, und es werden als noch zu hörende Redner bezeichnet von liberaler Seite: Abg. Serger, von Seiten der katholischen Volkspartei Abg. Lender.

Abg. Serger wendet sich zunächst gegen die Ausführungen des Abg. Eller. Es müsse entschieden widersprochen werden, wenn die demokratische Partei die erzielte nationale Einigung vorzugsweise als ihr Werk betrachte. Dies habe ein Abgeordneter der Stadt Mannheim auch anerkannt, indem er auch zugegeben habe, daß zu dem Werke der Einigung die Thätigkeit von Männern mitgewirkt habe, deren Thätigkeit weit hinter die Zeit der gegenwärtigen Parteibildung zurückgehe. Er müsse dies um so mehr hervorheben, als die Partei des Abg. Eller auch auf andern Gebieten die fortschreitende Entwicklung vielfach unberechtigt für sich in Anspruch nehme.

Redner geht nun zu dem von der kirchlichen Partei vorgelegten Adressentwurf über. Er sei zwar mit den meisten Sätzen derselben einverstanden und habe namentlich mit Befriedigung die Zustimmung zu einer Allgemeinen Zivilgesetzgebung für das Reich vernommen. Aber die mündlichen Erläuterungen, die uns heute von kirchlicher Seite gegeben worden seien, wonach gerade das in der Adresse nicht Erwähnte die Hauptsache bilde und wonach die Festhaltung an der Geistes- und Gewissensfreiheit in einem mit der allgemeinen Auffassung im Widerspruch stehenden Sinne verstanden sei, bestimme ihn, dem Entwurfe seine Zustimmung zu verweigern.

Abg. Lender: Staatsminister Jolly habe heute geäußert, er sei überrascht über den Standpunkt, den die Adresse der katholischen Volkspartei einnehme. Derselbe entspreche aber dem Standpunkte, den seine Partei schon auf dem letzten Landtage innegehabt habe. Er und seine politischen Freunde stünden offen zum Reich. Er wolle festhalten an der Verfassung desselben und sei selbst einer Kompetenzweiterung nicht entgegen, wenn dieselbe im Interesse des Reichs liege. So sei er z. B. im Reichstage in der mecklenburgischen Verfassungsfrage mit der Kompetenzweiterung im Prinzipie einverstanden gewesen.

Er wolle weder rückwärts sehen nach den Fleischdöpsen Ägyptens, noch mit besonderer Besorgnis der Zukunft entgegengehen. Es scheine ihm irrelevant, ob die badischen Offiziere in badischen oder in preussischen Garnisonen seien. Er habe mit seinen politischen Freunden für die Verfallener Verträge gestimmt; sie wollten gute Deutsche und brave Badener sein.

Redner geht nun zum Schlusse der von seiner Partei vorgelegten Adresse über. Er wolle eine authentische Interpretation dieses Satzes, denn die Adresse sei, obgleich das Werk eines Einzelnen, Eigenthum der ganzen katholischen Fraktion. Man habe mit diesem Passus nichts Anderes sagen wollen, als was die Gesetzgebung vom Jahr 1860 und die Proklamation vom 7. April des genannten Jahres verheißen habe. Er erkenne die Berechtigung eines individuellen Gewissens an, aber er nehme die Freiheit, die er dem Individuum vindicire, auch für die Kirche, die eine Mehrheit von Individuen sei, in Anspruch.

Die Vorwürfe, die die Abg. Stigler und Gerwig seiner Partei gemacht haben, weise er zurück. Er könne es auch nicht billigen, daß der Abg. Stigler hier eine speziell theologische Frage zur Erörterung gebracht habe.

Redner tritt nun noch, um zu beweisen, daß die Unschärfe keine neue Lehre sei, aus einer von Dr. Lump in München erschienenen Schrift eine Reihe von deutschen Kirchenrechtslehrern, die schon vor der Dogmatisierung dieser Lehre sich mit derselben einverstanden erklärt hätten.

Es wurde hierauf die Generaldiskussion geschlossen.

Abg. v. Feder erbittet sich das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. Er wolle konstatieren, daß er nicht die Absicht gehabt habe, durch die Hinweisung auf die Verhältnisse der Postbeamten dem Hrn. Ministerialpräsidenten v. Dusch einen Vorwurf zu machen. Er hätte es sonst nicht in dieser Form und nicht auf Grund von Zeitungsnachrichten gethan. Indes empfehle er die Postbeamten und insbesondere die Telegraphistinnen der Fürsorge des Hrn. Ministerialpräsidenten. (Heiterkeit.)

Auch Abg. Schulz erhebt sich, um eine persönliche Bemerkung zu machen. Abg. Gerwig habe darauf angespielt, daß er als Lutheraner zu den Mitgliedern der katholischen Volkspartei zähle. Ja er sei Lutheraner und halte Luther sehr hoch, viel höher, als die heutigen Theologen, die sagen, Luther sei ein Kind gewesen und wir seien Männer.

Hierauf erhielt das Wort der Berichterstatter der Adresskommission.

Abg. Kiefer: Er halte es für die höchste politische Pflicht, eine offene und unumwundene Erwiderung auf die Thronrede zu geben; deshalb sei es der Kommission auch unmöglich gewesen, dem Antrage der Ultramontanen auf veränderte Fassung des Adressentwurfs stattzugeben, denn die früheren prinzipiellen Gegensätze, die diese von der liberalen Partei geschieden, beständen in alter Schärfe fort. Er selbst sei gern zur Versöhnung bereit gewesen, aber einen solchen Frieden dürfe man nicht schließen.

Redner wirft nun einen Rückblick auf die Geschichte der nationalen Bestrebungen. Er hebt hervor, daß keine Par-

tei ausschließlich berechtigt sei, die großen Errungenschaften der jüngsten Vergangenheit, als ihr Verdienst zu betrachten, insbesondere aber nicht die demokratische, die seit dem Jahre 1866 allen nationalen Bestrebungen hemmend und feindlich in den Weg getreten sei.

Er betrachte es als einen müßigen Streit, ob Liebenstein und Sander in diesem Hause der demokratischen oder der liberalen Partei angehört hätten. Jedenfalls habe aber die liberale Partei mehr Recht, sie zu den ihrigen zu zählen, als die demokratische.

Zur Zeit als jene Männer gekämpft und gewirkt, habe die deutsche Nation schwere Katastrophen zu bestehen gehabt, die Reaktion habe damals das ganze öffentliche Leben ergriffen und dem Liberalismus allen Einfluß auf das Staatsleben entzogen, und gerade diejenige Partei, die sich jetzt die katholische Volkspartei nenne, habe damals das Vertrauen der Regierungen besessen und sich als Werkzeug der Reaktion gebrauchen lassen.

Abg. Lender: Das ist nicht wahr, es gab damals noch keine katholische Volkspartei.

Präsident Kirsner macht den Abg. Lender darauf aufmerksam, daß es in diesem Hause nicht gestattet sei, einen Redner zu unterbrechen.

Abg. Kiefer verwehrt sich ebenfalls gegen die Auslassung des Abg. Lender und fährt fort: Damals im Jahre 1860, als die katholische Volkspartei unseren Staat in die Fesseln des Konfessionsbundes schloß, sei es der Liberalismus gewesen, der uns vor diesem Verderben beschützt habe, der Liberalismus, das maßvolle Bürgerthum habe dann die Arbeit aufgenommen und eine segensreiche gesetzgeberische Thätigkeit entfaltet, er verweise nur auf die Verwaltungsorganisation, die den bürgerlichen Elementen die Theilnahme an den öffentlichen Geschäften erschlossen habe.

Redner geht nun zu den Ereignissen des Jahres 1866 über und fährt folgendermaßen fort:

Inmitten aller vorwärts ringenden Bestrebungen des Liberalismus kamen die schweren Erschütterungen des Jahres 1866. Wir waren damals überrascht. Es war ein historisches Verhängniß, daß das Vertrauen zu Preußen durch die Konfliktperiode erschüttert war, daß man zurückgebracht war von dem treuen Glauben an Preußens Mission. Aber mit Preußens deutschem Programme fand man diesen Glauben wieder, und die liberale Majorität hat mit treuer Ausdauer an demselben festgehalten.

Damals standen die andern Parteien unseren Bestrebungen feindlich gegenüber und von den meisten Kanzeln des Landes konnte man gegen die Bettelpreußen agitiren hören.

Die liberale Partei hat niemals daran gezweifelt, daß das deutsche Volk, sowie es eine nationale Einigung und die Möglichkeit der Zusammenfassung seiner geistigen Kräfte gefunden, zur ersten Kulturmission berufen war.

Abg. Eller: Mögen Sie Recht behalten!

Abg. Kiefer: Die liberale Partei hatte deshalb auch nicht nöthig, den Glauben an Preußen in der Arriveregade der nach Frankreich marschirenden preuß. Heere zu finden; sie war es, die unser Volk, unser Heer ausgerüstet und dadurch den Grund gelegt hat zu den großen Ereignissen der Jahre 1870/71. Jeder liberale Volksvertreter kann mit Befriedigung auf diese Resultate seiner Thätigkeit zurücksehen.

Redner geht nun zur Besprechung der Militärkonvention über, deren heutige Bemängelung er als eine unbegründete verwirrt. Die Konvention sei der Uebergang zum Reichskriegsheer, und Herr Eller, sowie alle andern Demokraten würden ihren Gewinn davon haben.

Zur Illustration der von der kathol. Volkspartei in dem von ihr vorgelegten Adressentwurf beanspruchten Gewissensfreiheit verliest Redner den Art. 79 des Syllabus und eine Allokution des Papstes, die er gegen die freiheitliche Gesetzgebung in Oesterreich erlassen habe zur Zeit, als das Bürgerministerium versucht habe, Oesterreich aus dem Schlamme der Reaktion herauszureißen.

Als weitere Illustration der Gewissensfreiheit diene auch die Lehre der Unschärfe. Der Abg. Lender habe früher selbst in diesem Hause erklärt, daß er die Dogmatisierung dieser Lehre bedauern würde, und doch habe er heute den Abg. Stigler väterlich in dieser Lehre unterwiesen. Entweder habe sich nun Abg. Lender früher in besagener Unerwarteter Unwissenheit befunden, oder es sei unrichtig, was er heute gesagt habe; er glaube, daß beides der Fall sein könne.

Wir solchen grundsätzlichen, weltgeschichtlichen Gegensätzen könne man keinen Frieden machen. Die Bestrebungen der Minorität seien ihm beachtenswerth, soweit sie einen Theil des Volkswillens repräsentire; aber die liberale Partei repräsentire die Mehrheit und könne sich der Minorität nicht unterordnen.

Redner schließt mit den Worten: Kaiser Wilhelm sagte bei Beginn des Krieges: Gott wird mit uns sein, wie er mit den Vätern war. Bleiben wir unseren Grundsätzen treu, so wird die Vorsehung auch fernerhin über Volk und Fürst segensreich walten. (Lebhafte Bravo.)

Abg. Lender: Ich habe in doppelter Beziehung eine persönliche Bemerkung zu machen. Abg. Kiefer hat einmal behauptet, es sei im Jahre 1866 von allen Kanzeln des Landes gegen die Bettelpreußen agitirt worden. Diese Behauptung muß ich als Verleumdung zurückweisen, bis der Beweis derselben erbracht ist. Dann hat mir der Abg. Kiefer vorgeworfen, ich hätte mich früher in diesem Hause gegen das Dogma der Unschärfe erklärt. Bezüglich dieser Behauptung verweise ich auf die stenographischen Kammerprotokolle.

Abg. Kiefer: Ich habe nicht gesagt, daß auf allen, sondern daß auf den meisten Kanzeln des Landes gegen die Bettelpreußen agitirt worden sei. Ich berufe mich hierwegen auf die öffentliche Meinung, die sich seit Jahren mit dieser notorischen Thatsache beschäftigt.

Was den zweiten Punkt betrifft, so berufe ich mich auf

das Gedächtniß der aus jener Zeit noch anwesenden Mitglieder dieses Hauses. Sie werden mir Alle bestätigen können, daß der Abg. Lender die vor mir angezogene Aeußerung wirklich gethan hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wurde, wie wir schon gemeldet, der Entwurf der Kommission mit großer Majorität angenommen.

XX Das Eis Kasino im Thiergarten.

Karlstraße, 5. Dez. Lage Karlstraße am Rhein oder am See, so hätte es noch lange keine Eisbahn; denn Vater Rhein und Onkel Bodan lassen sich von der schiffschuhlaufenden Schönmühl schon eine Weile bitten, bis es ihnen behagt, ihren Rücken zum Tanzboden herzulassen; so liegt die Residenz aber auf dem Trocknen, und ihr einziges Gewässer, nächst dem Landgraben, ist der stille heimliche Ludwigsee mit seiner Pappelninsel und dem alten heimlichen Bärerich — dem treuesten und nützlichsten Stammgasse, zu deutsch Abonnement des Thiergartens.

Darum hat die Residenz aber auch heute bereits ihre Eisbahn, heute, wo manche stolze Kavalierin im großen Kleinfrauenverbande noch von der Erinnerung an das verfloffene Wintervergnügen zehrt. Und wie schön ist diese Bahn! Sie glänzt wie ein Spiegel: zieht sich ihre Fläche um die Insel herum: hat doch die gebaute Eisbahn wieder ihr Gepräge ergriffen! Von kräftiger Hand geführt wird alltäglich das segende Hirtenkreuz die nachgeborenen Floden landeinwärts, daß sie hochaufstiegen dem heimlichen Gost in's Antlitz. Aufgeschäumt entfließt das gestohlene Secvolk auf den Inselgrund und sucht Schutz in dem dünnreißigen Dicht: das flattert und schnattert — es ist, als gälte ein Kapitäl zu retten. Die Gänse geben sich am vorlautesten — hinten dran; schon sind die Enten; wohlgerüstet aber und wie sie es sicher thun die Schwäne — die schwarzen gar. Das schmagt und gackt. Dort geht auch der Federhühner: der Kranich — ausgebläht, doch hoch und von miserabler Stimme, wenn er einmal das Maul aufthut. Sonst ist's still am Ludwigsee, ein Flug Wildenten hat auf die Dauer des Eis Kasinos Urlaub erbeten und von verführerischer Eisbahn auch erhalten. Ganz besonders wohl ist's, außer den Albern, Geiern und Rheinböden noch dem Gembod: er träumt auf seinen Gletscherböden nach — „Ichönen Land Tyrol“, vom West und dem aufglocksten Landtag und — in unbewachten Augenblicken auch von der — fernem Geise, oft und heiß ersehnt, doch unerreichbar.

Aber die Stille am Ludwigsee dauert nicht lange am Tag; denn scharenweise wandert das junge Blut, die Schiltschube am Arm, die Stlinger Straße entlang, um dort im Thiergarten an der Stelle, wo sonst mit 3 Kr. für einmal um den See zu reiten „vom Grobwater“ die Gletscher erhaben wird, die Schwärme des Eis Kasinos, die Eisbahn, zu betreten. Bald sind auf kühlen Eichen die Schiltschube angelegt und lustiglich geht hinein in den wogenden Ringelreihen, Knaben und Mädchen, die Arme gekreuzt, hier ein Grazienspaar, dort sogar drei Graziens, wie sich's auch gehört; hier der gewandte Schiltschuhkünstler, Rehl' und Karnies zeichnend auf der blanken Eisfläche mit der gleichen Sicherheit und Gewandtheit, wie auf dem spannten Reibebrett, dort ein unbeholfener Anfänger, auf den jüngeren Meister geküßt — Alles wirr durcheinander, immer aber aus unklarer Distanz schillert sich hind und zur schönsten, süßesten Harmonie. Das flattert, schillert und zittert! — Ein Hemerk'isches Bild mit Leben und Seele, mit Empfindung und Wärme, welcher durch einen köstlichen Schluß heißen Vollenweider'schen Kaffees, am Rande des Eispiegels genossen, noch ganz besonders Vorstaub geteilt wird.

Unser Thiergarten ist doch ein unerlöschlicher Born der Freude und des Genusses; jede Jahreszeit bietet dort ihre Eigenthümlichkeiten neu und frisch. Alle Hochachtung vor einer Verwaltung, welche solche Reize erkennt und sie der Oeffentlichkeit dienbar macht: der Oeffentlichkeit und der Anstalt zugleich, welche vorerst freilich ja nur ihr Dasein dem Privatinteresse fast ausschließlich und allein verdankt. Darum wenden wir uns auch heute wieder an die Oeffentlichkeit mit der freundlich gestellten Bitte, dem Thiergarten die so oft geschenkte Aufmerksamkeit auch für den Winter zu erhalten! Das Eis Kasino soll, wenn wir's verdrängen dürfen, dieses Jahr wieder seine musikalischen Effekte haben. Quadrillen und Polonaisen auf Schiltschuben, die „blaue Donau“ auf dem anfingsternen Eispiegel des Ludwigsees, die „schöne Helena“ in Gesellschaft mit Vater Neptun! — Aber auch Eis-Faschingsfreuden sind in Aussicht genommen: ein Kostümkränzchen mit feierlicher Entfaltung der — doch — wie der Mensch doch schwachhaft werden kann, wenn er gemüthlich, wenn er in Eis und Schnee warm geworden! — Nun, ist so viel heraus, so will ich auch damit nicht zurückhalten, daß die Gründung eines Thiergarten-Schiltschuhklubs in's Angeregte werden soll, und daß diesem Klub ein Theil des Arrangements der Eis Kasinos-Unternehmungen in die Hand gegeben werden soll.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Station Karlstraße.

	Barometer.	Thermometer.	Feuchtigkeit in Prozenten.	Wind.	Himmel.	Witterung.
3. Dez.						
Morg. 7 Uhr	27° 9,7''	- 9,5	1,00	SW.	w. bew.	heiter
Morg. 2 "	27° 8,8''	- 3,3	0,72	SW.	"	bedeckt trüb
Nachts 9 "	27° 8,8''	- 3,4	0,85	"	"	"
4. Dez.						
Morg. 7 Uhr	27° 8,5''	- 3,5	0,82	SW.	f. bew.	trüb
Morg. 2 "	27° 8,8''	- 2,6	0,84	"	"	bedeckt
Nachts 9 "	27° 9,2''	- 3,2	0,86	"	"	"

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Die Gartenlaube. Nr. 48. Inhalt: Das Haideprinzchen. Erzählung von E. Marlit. (Fortsetzung.) — Vom Grobwater zum Entel. Von D. — Das Wort der Ritter. Gedicht von George Freiherr von Döberrn. — Ein Besuch auf der Insel Robinson Crusoe's. Von M. E. Plankenan. Mit Illustration; Juan Fernandez, die Insel des Robinson. Nach der Natur aufgenommen vom Verfasser. — Der Frauenliebbling im Festgewande. Von A. Fr. Mit zwei Illustrationen: Goldbelle auf dem Walde; — Goldbelle mit Onkel Oberster. — Klätter und Klüßeln: Auf dem Straßburger Winter. Von einem Klätter. — Eine Kriegserinnerung. Von R. — Das japanische Papier. — Eine Ritterstatue des Deutschen Kaisers. Mit Abbildung: Die Ritterstatue des Kaisers, modellirt von H. Pohlmann. — Druck- und Stempel. Von D. — Silber. — Kleiner Briefkasten. — Für unsere abgebrannten Landesleute in Chicago. — Als Weihnachtsgeschenke empfohlen.

